

Nachhaltige Wege in die Zukunft

1. Wir sehen

Zentrale ökologische Zukunftsfragen haben in unserer Gesellschaft wenig Gewicht. In den politischen und gesellschaftlichen Diskussionen des Wahljahrs 2002 werden ökologische Fragen weitgehend zurückgedrängt. Es geht vorwiegend um die Ökonomie von heute und morgen. Die Frage nach Wegen zu einer nachhaltigen Absicherung und Gestaltung des Übermorgen bleibt vielfach unberücksichtigt.

Und das, obwohl alle Prognosen die Bedeutung dieser Zukunftsfragen eindringlich belegen:

„Ohne Gegensteuern wird im Verlauf dieses Jahrhunderts ein mittlerer globaler Temperaturanstieg zwischen 1,4 und 5,8° C befürchtet, der zu einer Anhebung des Meeresspiegels und zu einer Verschiebung der Klimazonen mit gravierenden Auswirkungen führen würde.“ (Umweltbundesamt 2002, S. 5)¹

„Der in den Industriegesellschaften überwiegend gepflegte Konsum- und Lebensstil stellt eine der wichtigsten Belastungsursachen des globalen Naturhaushalts dar - insbesondere durch Energieverbrauch, Treibhausgas-Emissionen und Abfälle.“ (Umweltbundesamt 2002, S. 2)

2. Wir urteilen

Als Christinnen und Christen verstehen wir die Natur als **Schöpfung Gottes**, die uns Menschen anvertraut ist, um sie zu „bebauen und zu hüten“ (Gen 2,15). Der Mensch ist selbst Geschöpf, der durch seine Kreativität am Schöpfungswerk Gottes mitwirken kann. Es ist göttlicher Auftrag des Menschen, die Schöpfung auch für kommende Generationen zu bewahren. Nach dem Sachbericht „Handeln für die Schöpfung“ der Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen der deutschen Bischofskonferenz ist „das verantwortliche Handeln für die Zukunft der Schöpfung ein Zeugnis für die Gegenwart Gottes in der Welt“.

„Alle Mitgeschöpfe haben ihren eigenen Wert, der darin begründet liegt, dass sie von Gott gewollt sind. Die Ehrfurcht vor dem Leben verbietet es, Tier- und Pflanzenwelt vornehmlich unter dem Gesichtspunkt der Verwertbarkeit für den Menschen zu sehen. Das gilt auch für die unbelebte Natur.“ (Konziliarer Prozess der europäischen Kirchen)

Nachhaltigkeit bedeutet die gleichwertige Berücksichtigung ökologischer, ökonomischer und sozialer Belange für eine zukünftige Entwicklung. Dabei liegt eine **besondere Option auf den ökologischen Aspekten**, da die Tragfähigkeit

¹ Umweltbundesamt, Nachhaltige Entwicklung in Deutschland. Die Zukunft dauerhaft umweltgerecht gestalten, 2002 (auch im folgenden abgekürzt mit „Umweltbundesamt“).

des Ökosystems die Grundlage für eine dauerhafte soziale und wirtschaftliche Entwicklung ist:

„Im Mittelpunkt des Konzepts der Nachhaltigkeit steht die Einsicht, dass **soziale Verantwortung**, **wirtschaftliche** Leistungsfähigkeit und der Schutz der natürlichen **Umwelt** untrennbar zusammengehören. Denn nur innerhalb des Spielraums, den die Natur als Lebensgrundlage bereitstellt, ist wirtschaftliche Entwicklung und damit auch Wohlfahrt dauerhaft möglich. Damit die Lebensgrundlagen kommender Generationen nicht geschädigt werden, ist mit Hilfe von Umweltzielen die Fahrtrinne festzulegen, in der sich das Schiff der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung bewegen muss.“ (Umweltbundesamt 2002, S. 1)

3. Wir fordern zum Handeln auf

Natur- und ressourcenschonender Lebensstil

Die Förderung eines natur- und ressourcenschonenden Lebensstils muss ein zentrales Ziel der Politik und aller gesellschaftlichen Kräfte sein.

Dazu gehört u.a.:

- **Energieeinsparung:** Bis zum Jahr 2050 kann der Stromverbrauch in Deutschland um mindestens 25% reduziert werden (Umweltbundesamt 2002, S. 7). Dazu müssen die jeweils modernsten Formen rationeller Energienutzung gefördert werden (z.B. Kraft-Wärme-Kopplung, etwa auch für neue Siedlungen; Stärkung der kommunalen Verantwortung für die Energieversorgung).
Genauso intensiv muss die Einsparung unnötig verbrauchter Energie vorgebracht werden (z.B. durch Wärmedämmung, reduzierten Benzinverbrauch, ...).
- **Bewusstseinsbildung:** Es kommt ganz wesentlich darauf an, dass die Bewusstseinsbildung im Bereich Ökologie wieder verstärkt wird. Wer versteht, wie grundsätzlich unsere Zukunft von den ökologischen Bedingungen unseres Lebens abhängt, wird eher bereit sein, sein Handeln heute davon bestimmen zu lassen und den eigenen Lebensstil daran auszurichten.

Klimaschutz-Ziele

Mit dem Kyoto-Protokoll 2001 haben sich die Unterzeichnerstaaten verpflichtet, die sechs wichtigsten Treibhausgase bis zum Zeitraum 2008-2012 gegenüber 1990 um 21% zu reduzieren (in Deutschland wurden bis zum Jahr 2000 bereits 18,4% erreicht). Daneben zielt die Klimaschutzpolitik der Bundesregierung darauf ab, die CO₂-Emission bis 2005 gegenüber 1990 um 25% zu reduzieren (im Jahr 2001 betrug die Minderung 15,1%).

Die Realisierung dieser Klimaschutz-Ziele muss zentrales Ziel der Politik sein:

- Deutschland soll bei der Definition und Umsetzung internationaler Klimaschutz-Ziele auch weiterhin eine Vorreiter- und Motorenrolle spielen
- International müssen alle Anstrengungen unternommen werden, um die Missachtung des Kyoto-Protokolls der Nichtunterzeichnerstaaten, speziell der USA erneut in aller Schärfe zu kritisieren und ein Einlenken zu bewirken

Erneuerbare Energie

Erneuerbare Energie muss mit allen Kräften ausgebaut und gestärkt werden, mit dem Ziel, bis zum Jahr 2050 - bei gleichzeitiger Reduzierung des Strombedarfs -

katholisch.

politisch.

aktiv.

ihren Anteil am gesamten Strommarkt auf 50% zu steigern (Umweltbundesamt 2002, S. 7). Dazu braucht es im Wesentlichen:

- die Beibehaltung bzw. den Ausbau der Förderung erneuerbarer Energie durch das seit dem Jahr 2000 gültige Erneuerbare-Energie-Gesetz und entsprechende Investitionsförderungen
- den Ausbau der Forschungsmittel für erneuerbare Energie
- entsprechende ökologische Standards zu einem Kriterium bei den Beitrittsverhandlungen der EU-Osterweiterung zu machen.
- die Gewinnung der Landwirtschaft als Bündnispartner für diese Energie-wende durch eine konsequente Förderung nachwachsender Rohstoffe

Energie-Besteuerung

Die von der Bundesregierung 1999 eingeführte Ökosteuer muss stufenweise fortgesetzt werden.

Dabei sollte das bisher angewandte Modell - Energieverbrauch verteuern, um mit den Einnahmen die Lohnnebenkosten zu senken (reduzierte Rentenbeiträge) - erweitert werden, indem Teile der Einnahmen zur Förderung ökologischer innovativer Projekte und zur Behebung von Umweltschäden zur Verfügung gestellt werden.

Folgende Verbesserungen sind notwendig:

- **Steuerungswirkung:** Die nächsten Stufen der Ökosteuer müssen langfristig und verbindlich geplant werden, um eine möglichst große Planungssicherheit und zugleich Steuerungswirkung zu erzielen. Die Steuerungswirkung kann sich insbesondere durch die Besteuerung der Primär-Energieträger besser entfalten. Dabei muss das Engagement der Bundesregierung für eine flächendeckende Ökosteuer in der EU verstärkt werden.
- **Ausnahmeregelung:** Eine schrittweise Abschaffung der Ausnahmeregelungen für energieintensive Betriebe ist notwendig, mit dem Ziel, auch hier den Energieverbrauch zu reduzieren und eine möglichst effektive Nutzung der Ressourcen zu fördern (z.B. durch Kraft-Wärme-Kopplung).
- **Sozialverträglichkeit:** die nächsten Stufen der Ökosteuer müssen sozialverträglich gestaltet werden, v.a. durch Ausgleichsmaßnahmen für alle, die nicht von der Absenkung der Sozialversicherungsbeiträge profitieren. Dazu zählt insbesondere die Landwirtschaft.

Mobilität und Regionalität

Mobilitätsdruck und das damit verbundene Transportaufkommen für Personen und Güter drohen weiter zuzunehmen. Um dennoch das Handlungsziel einer 50%igen Minderung des verkehrsbedingten CO₂-Ausstoßes bis 2030 (gegenüber 1990) zu realisieren, braucht es folgende Maßnahmen:

- Verkehrsvermeidungspolitik: durch Verzicht auf unnötige Fahrten, und eine Abstimmung des öffentlichen Personennahverkehrs auf die Siedlungs- und Flächennutzungspolitik, Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe
- Eine durchgängig bevorzugte Förderung und einen ökologisch verträglich gestalteten Ausbau von Schiene, ÖPNV und Wasserstrasse gegenüber der Straße. Dabei müssen insbesondere der ländliche Raum und innovative Verkehrsprojekte im öffentlichen Nah- und Regionalverkehr gefördert werden.
- Eine generelle Anwendung des reduzierten MWST-Satzes im öffentlichen Nah- und Fernverkehr bei Bus und Bahn

katholisch.

politisch.

aktiv.

- Kontinuierliche Anhebung der Mineralölsteuer, Differenzierung der KfZ-Steuer nach CO₂-Ausstoß
- Einführung einer emissionsabhängigen Straßenbenutzungsgebühr für Lkw
- Flugverkehr: schärfere Emissionsgrenzwerte für neue Flugzeuge, eine Besteuerung der Treibstoffe für Flugzeuge und eine generelle Abschaffung der Mehrwertsteuerbefreiung für den Flugverkehr

4. Wir handeln

Die Delegierten der Landesversammlung setzen sich folgende Ziele:

- für die genannten Ziele und Forderungen politisch aktiv zu werden
- die Bewusstseinsbildung in Verbänden und Dachverband zu stärken, v.a. im Hinblick auf die Förderung eines nachhaltigen Lebensstils (Mehr Lebensqualität mit weniger Energieverbrauch durch innovative Techniken, neue Strukturen u.a.)
- der Nutzung des öffentlichen Personenverkehrs den Vorzug gegenüber dem Pkw einzuräumen
- auf innerdeutsche Flüge sowie Kurzurlaubsreisen mit dem Flugzeug zu verzichten
- im persönlichen Lebensstil größten Wert auf die Einsparung von Energie zu legen (von der Auswahl energiesparender Produkte, wie z.B. Energiesparlampen, bis zum Verzicht auf unnötige Autofahrten)
- zur Förderung erneuerbarer Energie das eternergy-Projekt der KLJB Bayern zu unterstützen (finanziell und/oder ideell)

katholisch.

politisch.

aktiv.